

1 **Positionspapier der Jungen Union Niederrhein zum Thema „Kiesabbau am Niederrhein“**  
2 **Bezirksvorstandssitzung am 26.02.2023 in Moers**

3

4 Kies ist ein wichtiger Rohstoff, der in Zukunft benötigt wird. Kies ist beispielsweise  
5 Grundbaustein für verschiedene Betonwaren. Wir gestehen ein, dass auch in Zukunft Kies am  
6 Niederrhein abgebaut werden **muss**. Sonst werden wir ambitionierte Ziele wie beim Ausbau  
7 von Infrastruktur oder bei der Schaffung von Wohnraum nicht erreichen können. Jedoch muss  
8 das alles mit „Maß und Mitte“ geschehen – mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Wir  
9 sind uns einig, dass es so nicht weitergehen kann:

10

11 • Die Junge Union Niederrhein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die niederrheinische  
12 Kulturlandschaft zu bewahren. Diese ist Grundlage für die Existenz unserer  
13 Landwirtschaft und somit auch für die Produktion heimischer und regionaler Güter und  
14 Produkte (regionale Vermarktung).

15 • Es muss schnellstmöglich ein neuer, rechtssicherer Landesentwicklungsplan (LEP)  
16 beschlossen werden, der den Vorgaben des Zukunftsvertrages NRW entspricht. Dieser  
17 dient als Grundlage für die Regionalplanung.

18 • Wir fordern, dass die Regionalplanungsbehörde RVR angewiesen wird, keine neuen  
19 Abgrabungsgebiete auszuweisen, bis der neue LEP vorliegt. Dies würde auch zur Norm  
20 zukünftiger Regionalpläne der Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln werden.

21 • Die Junge Union Niederrhein stellt fest, dass bereits heute Kies-Flächen rechtssicher  
22 ausgewiesen sind, die eine Versorgung unserer Wirtschaft in den nächsten  
23 durchschnittlich bis zu 20 Jahren mit dem Rohstoff Kies garantiert.

24 • Des Weiteren müssen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass bis  
25 dahin kein ungesteuerter Kiesabbau erfolgen kann.

26 • Auch das Thema Rohstoffversorgung muss in einem eigenständigen LEP  
27 „Rohstoffversorgung“ landesweit einheitlich geregelt werden.

28 • Zudem muss das Thema Recycling und die Verwendung von alternativen Bau- und  
29 Rohstoffen neu gedacht werden. Die Landesregierung sollte hier Modellprojekte -  
30 insbesondere am Niederrhein - fördern.

31 • Um die technische Entwicklung von alternativen Bau- und Rohstoffen sowie deren  
32 praktischen Einsatz zu begünstigen, fordern wir als JU Bezirksverband die  
33 entsprechende Forschung und Lehre an den staatlichen Hochschulen am Niederrhein.

34 • Besonders das Bauen mit Holz erfüllt den Anspruch aktueller Herausforderungen.  
35 Hierauf Bezug nehmende Genehmigungsverfahren müssen entbürokratisiert,  
36 Restriktionen im Mehrgeschossbau abgebaut und Brandschutz-Normen aktualisiert  
37 werden.

38 • Die Einführung eines Kies-Euros (für Kiese und Sande) wird zu einer höheren  
39 Preissensibilität im Markt führen und soll zugleich verpflichtend für  
40 Rekultivierungsprojekten in bereits ausgebeutete Kiesgruben genutzt werden.

- 41 • Es ist sicherzustellen, dass die ausgeförderten Kiesgruben in einen für die Gesellschaft  
42 wiedernutzbaren Zustand versetzt werden. Als positives Beispiel einer solchen  
43 Rekultivierung kann die Xantener Süd- und Nordsee erachtet werden. Die Einnahmen  
44 aus dem Kies-Euro können für die Rekultivierung genutzt werden. Für über die  
45 Einnahmen hinausgehenden finanziellen Aufwände hat der Betreiber zu haften. Der  
46 Gesetzgeber soll die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die  
47 Ewigkeitskosten durch u.a. liquiditätswirksame „Rückstellungen“ sichergestellt sind.
- 48 • Auch wenn die Lagerstätten eine Abgrabe für ca. vier Jahrzehnte hergeben, fordert die  
49 Junge Union Niederrhein zwingend einen Degressionspfad, der ein Ende der  
50 Abgrabungen deutlich vor dem möglichen kompletten Abbau aller Lagerstätten  
51 vorsieht. Wir lehnen eine Abgrabung bis zur kompletten physikalischen  
52 Ressourcenausschöpfung ab. Es muss das gelingen, was uns beim Ausstieg der Stein-  
53 und Braunkohle ebenfalls gelungen ist.

54

55 Der Zukunftsvertrag der schwarz-grünen Koalition dient als Richtschnur für unsere  
56 Forderungen. Im Kapitel 7. Raumordnung und Landesplanung (Seite 43 ff.) wurde vereinbart:

57

- 58 • Um dem gerecht zu werden, werden wir die Landesplanung einer grundlegenden und  
59 umfassenden Überprüfung unterziehen und, wo notwendig, neufassen.
- 60 • Das Prinzip der Flächensparsamkeit soll Leitschnur unseres Regierungshandelns sein.  
61 Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zeitnah auf 5 Hektar pro Tag und perspektivisch  
62 auch weitergehend durch konkrete Maßnahmen zu reduzieren. Dazu werden wir den  
63 5ha-Grundsatz in den LEP aufnehmen. Dazu gehören flächenschonendes Bauen, die  
64 Nutzbarhaltung vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen, Flächenrecycling, die  
65 bessere finanzielle Ausstattung des Verbandes für Flächenrecycling und  
66 Altlastensanierung (AAV), die Weiterführung der Initiativen aus dem  
67 „Maßnahmenpaket intelligente Flächennutzung“. Unter Berücksichtigung der  
68 Klimafolgenanpassung wollen wir die Innenentwicklung flächensparend gestalten.
- 69 • Wir wollen die Akzeptanz für die notwendige Rohstoffgewinnung wiederherstellen.  
70 Durch ein konsequentes, wissenschaftlich fundiertes Rohstoffmonitoring  
71 („Rohstoffbarometer“) soll der Verbrauch von Kiesen und Sanden transparent  
72 gemacht und auf den notwendigen Bedarf zurückgeführt werden, was allerdings eine  
73 erstmalige Definition – unter Berücksichtigung des Koalitionsvertrages – notwendig  
74 macht. Bestehende Lagerstätten unter Berücksichtigung anderer Schutzgüter (z. B.  
75 Gewässerschutz) sollen maximal ausgeschöpft werden, um weniger Flächen zu  
76 verbrauchen. Versorgungszeiträume beim Kiesabbau möchten wir rechtskonform  
77 ausgestalten.

78 Wir teilen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele und möchten mit unserem politischen  
79 Engagement eine schnellstmögliche Umsetzung des Koalitionsvertrages erwirken. Nur so  
80 werden wir in Zukunft unsere niederrheinische Kulturlandschaft und unsere Landwirtschaft  
81 bewahren.